



Oesterreichs Oberammergau.

Eigenbild.

Mariage mit dem Festspielhaus im Vordergrund. In dem von Bergen eingerahmten Städtchen Mariage in Tirolermark wird gegenwärtig ein mittelniederländisches Spiel aus dem 15. Jahrhundert „Mariens siebente Herrlichkeit“ aufgeführt, das eine große Anziehungskraft auf die Fremden ausübt.

Die außenpolitische Lage.

10. Berlin. Die deutsche Regierung weiß bis zur Stunde noch nichts darüber, was in London zwischen Briand und Chamberlain vereinbart worden ist. In der Betrachtung der Londoner Konferenz durch die englische und französische Presse haben sich zwei Tendenzen bemerkbar gemacht: Zunächst die, eine Menge von Detailsnachrichten zu veröffentlichen, dann aber, nach Beendigung der Konferenz, haben wir nichts weiter als Gemeinplätze erfahren. Derart, daß man sich völlig einig sei, daß Deutschland eine überaus freundliche und wohlwollende Note empfangen würde und daß man nichts beschlossen habe, das der Auseinandersetzung mit Deutschland vorzuziehen würde. Die gleichberechtigte Erörterung all dieser Fragen mit Deutschland sei gewährleistet. Letzteres sei nämlich stark von der englischen Presse unterstrichen worden. Nun kommen aber die Stimmen der englischen liberalen Presse, die scharfe Kritik aben an den Abmachungen und damit voraussetzen, daß Abmachungen getroffen sind. Die Lösung scheint darin zu liegen, daß man in London die englisch-französischen Gegensätze beiseite gelassen hat, daß man dagegen ganz offen gelassen hat, die Frage der späteren Auseinandersetzung mit Deutschland und etwaigen anderen Beteiligten. Dann könnte man in London und Paris sagen: Wir haben in keiner Weise die Debatte mit Deutschland vorgeschritten. Materiell wäre es aber doch nicht richtig, denn wenn eine Verhandlungspartei unter sich gewisse Abmachungen trifft, so wird die gegnerische Partei natürlich davon beeinflusst.

Die auswärtige Presse kritisiert, daß in der deutschen öffentlichen Meinung keine einheitliche Stellungnahme zur Londoner Konferenz ersichtlich ist. Der „Times“ beklagt sich darüber, daß jedes Wort einer deutschen Stellungnahme zu den außenpolitischen Fragen sich nach innenpolitischen Fragen richtet. Diese Kritik ist sehr billig; sie ist nur die Folge der Tatsache, daß wir noch immer im Ungewissen sind über das, was in London abgemacht wurde. Dabei ist es geradezu bezeichnend für uns, daß der polnische Außenminister bereits Kenntnis von dem Inhalt der Londoner Abmachungen hat und daß diese auch schon in Prag, Rom und Brüssel bekannt sind, bevor überhaupt Deutschland, als Hauptbeteiligter Macht irgend etwas über die Londoner Konferenz weiß. Wenn die deutsche öffentliche Meinung somit unorientiert ist, kann sie naturgemäß nicht einheitlich Stellung nehmen.

Politische Tagesübersicht.

Die Reichsregierung beim Bund der Auslandsdeutschen. Der Bund der Auslandsdeutschen, der demnächst eine große Tagung in Berlin veranstalten wird, über deren Statuten wir bereits berichtet haben, hatte sich darüber beklagt, daß die Reichsregierung offenbar nicht die Absicht habe, sich auf der Tagung vertreten zu lassen. Von auktöndiger Stelle wird hierzu mitgeteilt, daß der Außenminister Stresemann als Ehrenvorsitzender des Bundes der Auslandsdeutschen schon allein einen so engen Kontakt mit dem Bunde aufrecht erhält und eine so enge Fühlungnahme der Reichsregierung mit den Auslandsdeutschen dadurch hergestellt ist, daß sich daraus die Selbstverständlichkeit ergibt, daß die Reichsregierung bei dieser höchst wichtigen Tagung in angemessener Weise vertreten sein wird.

Zur Frage der Uebertragung von Aktien der Aga-Werke an die Arbeiterkassen. Der Vorsitzende des Betriebsrates der Dr. Edmund Stinnes gehörenden Aga-Werke Prochnow hat sich, wie er in einer Inschrift an die Berliner Montagspost mitteilt, in der Angelegenheit der Schwierigkeiten der Aga-Werke an den Oberpräsidenten von Brandenburg gewandt. Dieser habe in seiner Eigenschaft als Demobilisationskommissar für heute vorzeitig eine Sitzung einberufen, um über Maßnahmen zur Vermeidung einer Stilllegung zu beraten.

Die Berliner Zimmerer lehnen den Schiedspruch ab. Eine Versammlung der Berliner Zimmerer hat gestern den für das Berliner Baugewerbe vom Arbeitsministerium gefällten Schiedspruch abgelehnt, weil er geringere Löhne vorsieht, als ein zu Beginn des Streiks gemachter Vergleichsvorschlag des Berliner Schlichters. Maurer und Hilfsarbeiter treffen ihre Entscheidung erst heute.

Finanzschwierigkeiten im amerikanischen Schiffsbau. Die Chicago Tribune mitteilt, soll der amerikanische Dampf-

fer „Leviathan“ sowie fünf weitere von der Regierung der Vereinigten Staaten betriebene Uebersee-Dampfer wahrscheinlich auf unbestimmte Zeit stillgelegt werden, da der Kongreß nicht genügend Gelder bewilligt habe. Der Schiffsbau der Regierung umfasse gegenwärtig 170 Passagier- und Frachtdampfer.

Todesstrafe für Balkanpfeulanten in Griechenland. Einer Agenturmeldung aus Athen zufolge soll nach einem Regierungserlass angesichts der finanziellen Lage des Landes und zum Schutze der Interessen des Staates die Todesstrafe gegen alle die verhängt werden, die mit Devisen oder ausländischen Titeln Spekulation treiben.

Die kroatische Jahrestagsfeier. Die Jahrestagsfeier des kroatischen Königsreiches wurde am Sonnabend in Kragin in Anwesenheit des Königspaars, verschiedener Kabinettsmitglieder und Stephan Raditch feierlich begangen. Aus allen Teilen des Landes waren schon am Vorabend über 100 000 Teilnehmer eingetroffen, die wegen der Ueberfüllung der Stadt zum großen Teil im Freien übernachteten mußten. Besonders bemerkt wurden die Abordnungen der kroatischen Soldaten, die von den historischen Städten des Landes Erdbeulen mitbrachten, um sie zu einer Gedenkpyramide zu vereinigen. Im Stadion fand vor dem Königs-paar eine Parade von 3000 uniformierten Soldatensoldaten statt. In der Presse wird die Feier als eine unvergleichliche Bestätigung des serbisch-kroatischen Zusammenhanges bezeichnet.

Der japanische Protest wegen der Ueberfälle in Tientsin. In der Note, die die japanische Gesandtschaft gestern dem chinesischen Außenministerium übermittelte, wird gegen die Anararchie der Streikenden auf die japanischen Baumwoll-industriellen von Tientsin Protest eingelegt. Die Note weist darauf hin, daß die Maschinen vollständig zerstört und ein japanischer Arbeiter ermordet wurde, als er chinesischen Soldaten Hilfe leistete. Die Note erkennt an, daß die chinesischen Behörden Maßnahmen getroffen hätten, um der ersten Lage in Tientsin zu begegnen, protestiert jedoch dagegen, daß japanische Staatsangehörige verwundet und japanisches Eigentum beschädigt worden sei. Sie fordert schließlich, daß Maßnahmen getroffen werden, die eine Wiederholung derartiger Fälle ausschließen. Die Note behält sich endlich das Recht vor, Kompensationsforderungen zu stellen.

Geplante Befreiungsaktionen im geräumten Gebiet. Wie wir hören, sind die geplanten Befreiungsaktionen in dem von der Besatzung geräumten Gebiet bis zu der Zurück-ziehung der Besatzungstruppen aus den Sanctionsstädten Duisburg, Düsseldorf und Ruhrort verlagert worden. Da diese Städte Ende August geräumt sein sollen, werden die Feiern voraussichtlich im Laufe des Monats September stattfinden, und zwar haben schon jetzt hervorragende Mitglieder des Reichskabinetts und der Reichspräsident von Hindenburg ihre Teilnahme an den Festlichkeiten zugesagt. Außer dem vorgesehenen Besuch Hindenburgs in Bochum und Essen dürfte evtl. auch noch eine Rundreise des Reichspräsidenten durch sämtliche großen Städte des geräumten Gebietes in Frage kommen.

Rußland protestiert gegen die italienischen Zollhöhen-sen. Zwischen Russland und Italien ist infolge der italienischen Zollhöhen-sen ein ernsthafter Konflikt entstanden. Die russische Regierung hat ihren Botschafter in Rom dagegen scharf protestieren lassen. Gestern empfing Litwinoff den italienischen Geschäftsträger in Moskau und erklärte, wenn Italien die Zollhöhen-sen nicht rückgängig mache, die italienisch-russische Freundschaft stark darunter leiden würde. Von dem Aufbau der wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder könne dann keine Rede sein.

Zum Pariser Bankbeamtenstreik. Der „Montag“ meldet aus Paris: Die Gewerkschaften haben den auktöndigen Generalstreik beschlossen, um den streikenden Bankbeamten ihre Sympathie zu bezeugen. Das Datum des Generalstreiks sollte am Sonntag in einer Versammlung der Gewerkschafts-sekretäre noch bestimmt werden.

Zum deutsch-amerikanischen Handelsvertrage.

New York. Journal of Commerce schreibt: Der Abschluß des Handelsvertrages mit Deutschland ist von mehr als vorübergehender Bedeutung. Wir haben nunmehr erkannt eine feste Handelsbasis mit Deutschland und zweitens ist es uns gelungen, und die Ratifikation eines Vertrages zu sichern, den die Behörden in Washington als Grundlage für die Regelung unserer Beziehungen zu anderen Ländern ansehen. Mit dem deutschen Zolltarif, der gleichzeitig in Kraft gesetzt wurde, war augenscheinlich beabsichtigt, eine ganze Reihe von Bestimmungen auszugleichen, die in das neue Dokument aufgenommen worden sind, und es darf wohl getragt werden, ob unser Verhältnis zu den deutschen Räufern mit diesen beiden in Kraft befindlichen Aktenstücken ebenso günstig sein werden, wie sie es ohne das eine oder andere von ihnen wären. Vieles, was vorher zweifelhaft war, ist nun fest geregelt. Wenn wir die Verhandlungen über das von Amerika beschlagene vormals feindliche Eigentum zu einem befriedigenden Abschluß bringen, so wird ein neuer und hoffnungsvoller Antriebs in unseren Geschäftsbeziehungen zu Deutschland eintreten. Viele Jahre lang sind die Vereinigten Staaten in der Lage gewesen, als

Land eines sehr hohen Zollschatzes inmitten einer Gruppe von Ländern mit gemäßigtem Zollschatz und begrenztem Tarif darzustellen. Wir werden jetzt den alten Trick auf die auswärtigen Märkte für den Ueberfluß an Rohprodukten nicht länger haben. Die Zeit für eine neue Art der Zollpolitik ist gekommen, und das Ausland wird uns bei der Herabsetzung der Zölle wahrscheinlich für alle Zwischenfälle, die es uns bei der Herabsetzung seiner eigenen Zölle gewährt, Gegenleistungen auferlegen.

Von der Tagung des Reichsverbandes der Rheinländer.

(Königswinter. Nach erledigter Tagesordnung der heutigen Generalversammlung, in deren Verlauf noch Glückwunschtelegramme von Reichsminister Dr. Stresemann und von der oldenburgischen und der hessischen Regierung eingegangen waren, versammelten sich die Teilnehmer auf dem Trachtenfels zu einer schlichten, aber eindrucksvollen Rundgebung. Nach einem Festspruch auf das Deutschland am Rhein führte Oberpfarrer Holz aus Andernach u. a. aus: Wir haben an das unbesetzte Deutschland den Wunsch, daß man unserer Räte und Sorgen allezeit gedulde und sich bemüht bleibe, daß wir für die Verbindung von Reich und Rhein in einer Zeit, die wie ein wüster Traum hinter uns liegt, Opfer gebracht haben und weiterhin bringen. Wir alle müssen dem Volke dienen, denn das Volk ist mehr als wir. Der Rhein ist tausend Jahre deutsch und muß es ewig bleiben.

Das neue Kolonialheim in Weimar.

In Weimar wurde am Freitag abend ein Kolonialheim eingeweiht, das der Öffentlichkeit zugänglich und dazu bestimmt ist, als koloniales Werbemittel zu dienen. In der Festrede zur Einweihung erinnerte General v. Reimann daran, daß Weimar schon einmal ein kolonialer Mittelpunkt Deutschlands gewesen sei, nämlich zurzeit Karl Alexanders, der den kolonialen Beitreibungen ein Verbandsnis entgegengebracht habe, wie kein anderer deutscher Fürst. Kein führender Kolonialdeutscher habe damals verkannt, kein führender Kolonialdeutscher habe damals verkannt, den Weimarer Hof aufzusuchen, wo er stets eine offene Hand gefunden habe. Alle Redner betonten, daß die Kolonialfrage eine Volksfrage sei und daß, wie auch für Weimar einst ausgesprochen habe, Kolonialpolitik nur betrieben werden könne, wenn das ganze Volk hinter ihr stehe.

Zur Lage in Syrien.

London. (Funkpruch.) Times meldet aus Jerusalem, die letzten Nachrichten aus Syrien sprachen die politische Lage in Damaskus wider. Dort sind 10 Panzerwagen aus Beirut geschickt worden, um eine Kundgebung zu veranlassen. Aus Beirut wird gemeldet, daß eine Abordnung, die zur Unterhandlung mit den Drusen entsandt wurde, aus Hauran mit folgenden Bedingungen der Drusen zurückkehrte: 1. Hauptmann Corbillet muß das Gouverneurpostens Dschebel Druas entlassen werden. 2. Ein französischer Gouverneur ist genötigt, vorausgesetzt, daß er von den Drusen gewählt wird. 3. Niemand darf wegen des Aufstandes bestraft werden und Waffen der Drusen dürfen nicht beschlagnahmt werden. Die Abordnung wurde von General Carrall empfangen und hierauf Befehl gegeben, die in Damaskus, Deir ez Zor und Amlira gefangen gehaltenen Drusen freizulassen.

Das Urteil im Sofioter Spionageprozeß.

Sofia. In dem Sofioter Spionageprozeß hat das Kriegsgericht das Urteil gefällt. Vladimir Blajoff wurde zum Tode, sieben andere Angeklagte, darunter Dr. Jankoff und der Rechtsanwalt Georgiew, zu 12 bis 15 Jahre Kerker verurteilt. Drei Angeklagte wurden freigesprochen. Es wurde als erwiesen angesehen, daß Blajoff auf bulgarischen Gebiet ein Büro eingerichtet hat, das politische Nachrichten über Bulgarien sammelte und an eine kommunistische Zentrale in Wien weitergab. Die übrigen Verurteilten haben ihm, nach der Feststellung des Urteils, bei der Sammlung und Weiterleitung des Materials unterhüt.

Um die chinesische Zollautonomie.

Paris. (Funkpruch.) Nach einer Davosmeldung aus Peking haben die Extremisten weiter einen Druck auf die chinesische Regierung aus, um die vollständige Zollautonomie zu erreichen. Die Einladung der chinesischen Regierung zur Abhaltung einer Zollkonferenz werde wahrscheinlich in einigen Tagen an die Mächte abgehen. Nach den Blättern werde diese Mitteilung die Mächte daran erinnern, daß die chinesischen Delegierten auf der Washingtoner Konferenz sich das Recht vorbehalten, daß China die Frage der Zollautonomie in einem geeigneten ersuchenden Moment auswirft und es werde darauf hingewiesen, daß China den Wunsch habe, daß diese Frage auf der Zollkonferenz angeschnitten würde.